

Herrn OB  
Dr. Daniel Rapp  
Rathaus

88212 Ravensburg

Ravensburg, 19.09.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Thema „Ravensburger Modellschule“ hat die öffentliche Debatte in der Schwäbischen Zeitung während des „Sommerlochs“ geprägt. Ängste sind geschürt worden, Vorurteile wurden bedient, vielleicht ist es auch zu Missverständnissen gekommen. Dabei wird ein Projekt gefährdet, hinter dem einmal sämtliche Fraktionen des Gemeinderats standen, das über Jahre hinweg die Arbeit im kommunalen Schulamt, im Bildungsbeirat und im Bildungsausschuss bestimmt hat, ein Projekt, bei dessen grundsätzlicher Planung im Vorfeld Schulen, Elternvertreter, PH und das Regionale Bildungsbüro einbezogen waren.

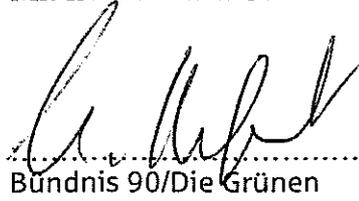
Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass eine Planung, die gemeinsam mit derjenigen in Freiburg Modell für neue Wege in der Baden-Württembergischen Schulplanung sein soll, nun inhaltlich Gefahr läuft, zu scheitern. Die Diskussion um „Längeres gemeinsames Lernen“ in Ravensburg hat die baden-württembergische Bildungspolitik maßgeblich beeinflusst. Jetzt geht es darum, sich nicht von einer landesweiten Entwicklung abhängen zu lassen, sondern die Ravensburger Vorstellungen mit den neuen schulstrukturellen Möglichkeiten kompatibel zu machen.

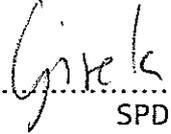
Um zu verhindern, dass weitere Verunsicherung in der Bevölkerung und bei allen Beteiligten entsteht, beantragen die unterzeichnenden Fraktionen:

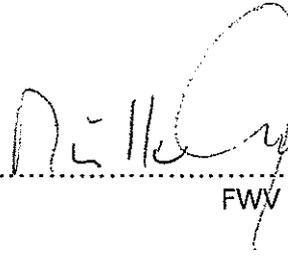
1. Alle Fraktionen erhalten im Vorfeld der Gemeinderatssitzung vom 26.09.11 eine Kopie des Ablehnungsbescheids vom Kultusministerium als Grundlage für die weitere Diskussion.
2. Der Oberbürgermeister und die Verwaltung laden den zuständigen Vertreter des Ministeriums (den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule, Schulentwicklung, Inklusion, Herrn Zeller) ein zur Gemeinderatssitzung am 26.09.11, um diesem die Gelegenheit zu geben, darzustellen, welche Bestandteile unseres Modellantrags unter dem Begriff „Gemeinschaftsschule“ zu sehen sind und welche Aspekte (des pädagogischen Konzeptes die Beantragung eines Modellversuchs rechtfertigen könnten. Ebenso soll Herr Zeller dem Gemeinderat darstellen, welche finanziellen und personellen Ressourcen einer Ravensburger Modellschule/Gemeinschaftsschule von Landesseite auf der Basis der in den nächsten Tagen veröffentlichten Rahmenbedingungen des Ministeriums zur Verfügung gestellt werden könnten.

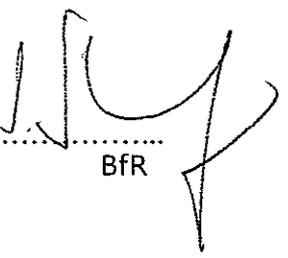
3. Ein Vertreter des Kultusministeriums, der zu den oben genannten Themen Stellung nehmen kann, wird zu der geplanten Informationsveranstaltung für Eltern und Lehrern eingeladen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Bündnis 90/Die Grünen

  
SPD

  
FWV

  
BfR